

Haushaltseinbringung 2019

Mittwoch, 7. November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren

Kreisräte,

Dezernentin Petra Alger, und

Dezernenten, Amtsleiterinnen und

Amtsleiter,

Herr Manz in Vertretung von Frau Lott als

Personalratsvorsitzende,

sehr geehrte Vertreter der Presse,

die Bäume in meinem Garten tragen

immer noch Blätter, der meines Nachbarn

hängt noch voller Äpfel, das gab´s die

zwölf Jahre, die ich hier bin, noch nie.

Ja, es war ein außergewöhnlicher Sommer: er war außergewöhnlich warm, trocken, hat fast nicht geregnet; von Unwetterkatastrophen wurden wir weitestgehend verschont und die Temperaturen entsprachen denen der Mittelmeerregionen.

Auch über den Herbst können wir uns keineswegs beklagen. Der Oktober war so sonnenreich und trocken wie nie. Im Bodensee wurde sogar eine neue Insel sichtbar.

Warum sage ich das? Ein Stück weit symbolisiert das Wetter auch die

wirtschaftliche Lage im Bund, im Land, in unserem Landkreis. Seit annähernd zehn Jahren fast wolkenlos, fast überall herrscht Sonnenschein. Ganz besonders hell scheint die Sonne auf den Landkreis Biberach herunter: Wir haben eine überproportional steigende Steuerkraft mit über 11 Prozent, landesweit liegt die Steigerung im Jahresvergleich bei der Hälfte.

Wir schlagen Ihnen deshalb wieder eine Senkung der Kreisumlage von 27 auf 26 Punkte vor. Nicht nur einmalig, sondern auch in der mittelfristigen Finanzplanung, wenngleich wir dabei unterstellen, dass

die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke ab 2020 wieder Ausschüttungen an die Landkreise vornehmen werden.

Eine Erfolgsmeldung nach der anderen. Volle Auftragsbücher. Steigende Beschäftigtenzahlen allenthalben, über 82.000 mittlerweile im Landkreis. Eine Arbeitslosenquote im Kreis von 1,9 Prozent. Spitze im Land, Bund, Europa.....Die Unternehmen und Betriebe im Landkreis wollen weiter wachsen. Sie suchen händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern.

Die Nachfrage nach gewerblichen Grundstücken und Entwicklungsmöglichkeiten ist ungebrochen. Es gibt Wünsche und Anforderungen aus allen Teilen des Landkreises, die an uns herangetragen werden.

Oft, und das kann ich nur begrüßen, handelt es sich um interkommunale Projekte, die ich im Rahmen des möglichen auch gerne unterstütze, wohlwissend, dass die Landwirtschaft nach wie vor einen wesentlichen Teil der Landkreisidentität darstellt und Boden nicht vermehrbar ist.

Um im Bild der Wettersprache zu bleiben: wir hatten einen wirklich goldenen Oktober und erst gegen Ende trübte es sich mitunter etwas ein und es begann mal zu regnen oder gar zu graupeln.

Und wenn Sie die Meldungen der letzten Tage aufmerksam verfolgt haben, dann sehen Sie auch hier eine Parallele zur Wirtschaft: Die Skepsis in der Wirtschaft wächst, ob die Geschäfte weiter so gut laufen wie derzeit, ergab die aktuelle Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, kurz DIHT.

Der DIHT senkte seine Wachstumsprognose, wie dies auch die Bundesregierung und die führenden Forschungsinstitute getan hatten: Für dieses Jahr rechnet er nur noch mit 1,8 Prozent, nachdem er noch zu Jahresbeginn 2,7 Prozent für möglich gehalten hatte. Für 2019 prognostiziert er 1,7 Prozent. Die fünf Wirtschaftsweisen gehen sogar nur noch von 1,6 Prozent für 2018 aus und unterstellen für das kommende Jahr nur noch 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum.

Das wird sich auf die Steuereinnahmen entsprechend auswirken. Die

Südwestpresse titelte am 26. Oktober 2018 bereits: „Steuerschätzer verkünden das Ende der goldenen Zeiten“.

Gerade im Bereich des Exports, und wir sind nun Mal eine Exportnation, gibt es immense Unsicherheiten, wenn ich nur an den Handelsauseinandersetzungen zwischen den USA und China, den Brexit oder die finanzielle Schiefelage Italiens denke. Sie können die Kette der Unwägbarkeiten und Risiken in der Welt nahezu beliebig und fast täglich neu fortführen.

Keineswegs will ich schwarz malen. Gleichwohl sollten wir uns immer wieder vergegenwärtigen, dass es auch rasch einmal wieder stagnieren oder rückwärts gehen kann, dass die Arbeitslosenquote steigen und die Steuereinnahmen fallen können.

Unabdingbar wird es deshalb sein, dass wir uns hier auf Kreisebene mit den Themen der Zukunft weiter intensiv beschäftigen.

Für mich sind das insbesondere die Digitalisierung, die soziale Sicherung und die Infrastruktur in all ihren Facetten -

angefangen von unseren Schulen und Einrichtungen, über Schienen, Straßen, Radwegen bis zu anderen Mobilitätsformen und -themen.

Lassen Sie mich im Kontext mit dem Haushaltsplan auf diese drei Punkte näher eingehen:

Digitalisierung

„Daten werden das Öl der Zukunft sein“, das hört sich an wie ein Zitat und stand wahrscheinlich so auch schon in der einen oder anderen Zeitung.

Diese Daten müssen laufen, aber: nicht so langsam und zäh wie Öl. Sie müssen rennen, sie müssen sprinten, sie müssen durch Glasfaserleitungen in Lichtgeschwindigkeit von A nach B kommen.

Wir wollen deshalb bis 2022 das Kreisbackbonenetz gebaut haben. Das ist ein unglaublich ehrgeiziges Ziel, das wir hoffentlich auch erreichen. Ich kann´s Ihnen noch nicht in die Hand versprechen.

Den Start für das über 30 Millionen Euro teure Projekt geben wir ganz offiziell morgen. Eine Einladung dazu haben Sie

erhalten und ich gehe davon aus, dass wir uns auch in Ruppertshofen wieder sehen werden.

Von den über 30 Millionen Euro wollen wir im kommenden Jahr 8,5 Millionen Euro in die Erde bringen.

Mit diesem Start lösen wir Investitionen von bis zu einer halben Milliarde aus. Lassen Sie diese Zahl mal auf sich wirken...

Sie, meine sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, haben dabei großes Vertrauen in uns. Das haben einmal mehr

die vergangenen Beratungen und Beschlüsse gezeigt. Dass dieses Vertrauen gerechtfertigt ist, wollen wir stetig unter Beweis stellen. Das ist unser Anspruch, daran arbeiten wir mit Hochdruck.

Der Haushaltsplan sieht dafür die notwendigen sachlichen und personellen Ressourcen mit einer Stelle für die Leitung des Projektes, mit einem Projektingenieur und einem Technischen Mitarbeiter bereits vor. Die Beschlüsse dazu gibt es bereits.

Eine zukunftsweisende Glasfaserversorgung ist letztendlich grundlegende Voraussetzung für das Weiterkommen der Unternehmen und Betriebe in unserem Kreis.

Dieses Weiterkommen wollen wir mit dem Digitalisierungszentrum Ulm/Alb-Donau/Biberach, neudeutsch Digitalhub, unterstützen. Wir leisten dazu einen Zuschuss von 65.000 Euro jährlich. Das Zentrum mit einem Sitz in Riedlingen und Biberach will ab Frühjahr/Sommer 2019 vor allem kleinen und mittleren Unternehmen Ansprechpartner für alle Digitalisierungsfragen sein, angefangen

von e-commerce, über virtuell Reality bis hin zur Cyber-Sicherheit. Biberach und die Hochschule Biberach haben darüber hinaus ihren Schwerpunkt im BIM, Building Information Modelling. Das heißt, die digitale Darstellung von Bauprozessen von der Planung, über die Bauphase bis zur Abrechnung des Gebäudes oder der Straße.

Das alles passt dann wiederum gut zum neuen Innovations- und Technologietransferzentrum ITZ Plus, das der Hochschule und startups Flächen zur Verfügung stellt, um anwenderorientiert zu forschen oder ein neues Unternehmen

zu gründen. Und wie sie sicherlich bereits gelesen haben, wurden wir aktuell vom Wirtschaftsministerium des Landes als Gründerfreundliche Kommune zusammen mit Biberach, Riedlingen und Laupheim ausgezeichnet.

Digitalisierung ist aber mehr als ein Digitalisierungszentrum, mehr als Glasfaserleitungen zwischen A und B. Digitalisierung braucht entsprechende Bildung, die wiederum im ganz besonderen Maße in unseren Berufsschulen und beruflichen Gymnasien stattfindet. Das Land stellt

uns dafür zusätzliche Sachkostenbeiträge in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung.

Und Digitalisierung bedeutet gerade auch für eine Verwaltung radikales Umdenken, eine andere Arbeitsweise, ein Verändern von Prozessen: Digitalisierung ist Prozessveränderung. Soweit irgend möglich, sollen Daten und nicht Menschen laufen.

Wir haben in diesem Jahr eine Strategie dazu auf den Weg gebracht, waren mit den Dezernenten und Amtsleitungen auf Klausurtagung. Wir haben gemerkt, dass wir ohne weitere Unterstützung, ohne

weitere Begleitung und Koordinierung nicht weiterkommen. Auf den Punkt gebracht: Digitalisierung braucht auch das ausreichende und richtige Personal und deshalb die weitere ausgewiesene Stelle im Stellenplan, um die ich bei Ihnen werbe.

Zweites Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren, soziale Sicherheit.

Der Sozialhaushalt ist weiterhin sehr dynamisch und von einer erheblichen Aufwandssteigerung geprägt. Dies hat verschiedene Ursachen. Zunächst ist hier die demografische Entwicklung zu

nennen, die in den Bereichen der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, aber auch bei Pflege und Grundsicherung zu höheren Empfängerzahlen führt.

Die Menschen werden darüber hinaus auch betreuungsbedürftiger und haben mit zunehmendem Alter einen höheren Hilfebedarf. Was die Kinder- und Jugendhilfe anbelangt, so wurden uns ja noch vor wenigen Jahren deutliche Rückgänge vorhergesagt.

Die gibt es nicht, im Gegenteil:
Wir haben wieder deutlich mehr Geburten. Mit einer Geburtenrate von

1,76 Geburten je Frau liegen wir 2017 nach dem Neckar-Odenwald-Kreis an zweiter Stelle im Land Baden-Württemberg. Darüber freuen wir uns. Klar ist, dass daraus auf der anderen Seite auch sehr schnell weiterer Bedarf z.B. bei der Kindertagesbetreuung resultiert und dadurch natürlich höhere Kosten.

Neben der demografischen Entwicklung stehen Themen wie die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das Thema Kinderschutz und die Integration der Flüchtlinge wieder ganz oben auf unserer Agenda.

Der Zuschussbedarf für die reinen Sozialtransferleistungen 2019 steigt auf 68,5 Millionen Euro an, eine Steigerung um zwei Millionen Euro gegenüber 2018 bzw. drei Prozent. Zusammen mit den Personal- und Sachkosten beträgt der Gesamtaufwand für die soziale Sicherung 156,4 Millionen Euro. Bei einem Haushaltsvolumen von knapp 260 Millionen Euro sind das über 60 Prozent.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die wesentlichen Blöcke eingehen:

1. Bereich Flüchtlinge:

Der Kreistag hat uns auch hier von Anfang an großes Vertrauen entgegengebracht. Mit dem zur Verfügung gestellten Personal konnten wir die Aufgabe adäquat erfüllen. Das wissen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich sehr zu schätzen.

Heute kann ich sagen: wir haben die Vereinbarung und unsere Zusagen eingehalten. Als die Zuweisungen zurückgingen, bauten wir Unterbringungsplätze und in diesem Zuge auch Personal ab. Das war nicht einfach, das können Sie mir glauben.

Fast allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte eine Anschlussperspektive in anderen Bereichen geboten werden.

Dies wird uns auch, da bin ich mir sicher, beim Integrationsmanagement gelingen. Hier sind zwischenzeitlich alle Stellen besetzt. Das Land kündigte an, diese wichtige Aufgabe noch für weitere zwei Jahre, also insgesamt vier Jahre, zu finanzieren.

Die Kosten der kommunalen Unterbringung, die sog. Anschlussunterbringung steigen an. Immer mehr

Personen erfüllen die Voraussetzungen, sind demnach länger als 24 Monate in einer Gemeinschaftsunterkunft, ohne dass das Verfahren abgeschlossen ist, oder sie haben eine Duldung.

Für die Anschlussunterbringung haben wir rund 6,5 Millionen Euro eingeplant. Als großen Erfolg werten Stadt- und Landkreistag, dass sich das Land nun erstmals für die Jahre 2017 und 2018 an diesen Kosten beteiligt. Der Landkreis Biberach erhält für beide Jahre jeweils 2,8 Millionen Euro vom Land. Dies ist ein Anfang. Wir als Landkreise erwarten vom

Land eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung dieser Aufgabe.

2. Kinder- und Jugendhilfe:

Das Thema Kinderschutz hat oberste Priorität. Das Kreisjugendamt setzt mit neuen Arbeitsansätzen wie „signs of safety“ alles daran, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das notwendige Rüst- und Werkzeug mitzugeben, sie zu unterstützen und feilt ständig an seinem Kinderschutzkonzept, um immer noch besser und sicherer zu werden.

2019 stehen insgesamt 13,4 Millionen Euro zur Verfügung, eine Steigerung um rund fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr, die vor allem auf Entgeltsteigerungen und strukturellen Leistungsverbesserungen beruhen. Unsere Steuerungsmaßnahmen und der qualifizierte Ausbau ambulanter Strukturen greifen, Fallzahlsteigerungen gibt es nur in ganz geringem Maße.

3. Bundesteilhabegesetz:

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen bekommt durch das Bundesteilhabegesetz ein völlig neues

Gesicht. Der Bundesgesetzgeber hat ein komplexes Leistungsrecht völlig umgebaut. Nicht umsonst sprechen viele Experten von der größten Sozialreform überhaupt.

Schlagworte wie individueller Hilfebedarf, Personenzentrierung und Gesamtplanverfahren, Bedarfs-ermittlungsinstrument und Vertragsrecht prägen derzeit die Arbeit des Sozialamtes.

Wir werden dieses bedeutende Gesetz auftragsgemäß und bestmöglich umsetzen, unsere Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter entsprechend qualifizieren.
Eine große Aufgabe, die uns hier die nächsten Jahre begleiten wird.

Das Land hat nach zähen Verhandlungen für die Jahre 2017 bis 2019 50 Millionen Euro für Personalkosten und Leistungsaufwendungen zugesagt und ab 2020 die volle Konnexität.

Der Anteil für den Kreis beläuft sich auf einmalig rund 900 000 Euro für die Jahre 2017 bis 2019. Er ist eingeplant, allerdings müssen wir die zusätzlichen Personal- und Leistungsausgaben dem Land gegenüber auch nachweisen

können. Wir fahren hier im Moment auf Sicht und haben 2,5 zusätzliche Stellen im Haushalt eingebracht. In Anbetracht der Dimension gehen wir aber davon aus, dass das nicht das letzte Wort sein wird.

Letztendlich führen die Eingliederungshilfe und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes dazu, dass die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Millionen Euro auf erstmals über 40 Millionen Euro steigen. Wir planen genau mit 40,3 Millionen Euro, die mittelfristige Finanzplanung weist für das Jahr 2022 einen Betrag in Höhe von 48,8 Millionen Euro aus. Wir stehen vor

großem Umwälzungen, Veränderungen, Herausforderungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn ich jetzt im dritten Teil meiner Ausführungen zur Infrastruktur kommen, so kann konstatiere ich für den Kreis: wir haben unsere Hausaufgaben in der Vergangenheit gemacht, wir tun dies auch gegenwärtig und werden uns auch für die Zukunft gut aufstellen.

Zur originären Infrastruktur eines Kreises gehören seine beruflichen Schulen

einschließlich der beruflichen Gymnasien, bei uns auch noch das Kreisgymnasium.

Zur Infrastruktur gehören aber auch die kreiseigene Verwaltungsgebäude, die Kreisstraßen mit den dazugehörigen Brücken und in diesem Zusammenhang auch das Thema Mobilität in seiner gesamten Komplexität.

Wir arbeiten mit Hochdruck an einem Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen und sind dabei in den letzten Zügen. Einen umfassenden Bericht dazu erhalten Sie in der nächsten Sitzung des Kultur- und Schulausschusses.

Insofern möchte ich heute gar nicht näher darauf eingehen, sondern lediglich die These in den Raum stellen, dass wir uns mit unserer Infrastruktur in der Ausbildung auf Ausbildungsberufe in zehn Jahren einstellen müssen, die wir heute noch gar nicht kennen.

Für das neue Verwaltungsgebäude, das nach der ausführlichen Fassaden-diskussion dann auch hoffentlich was gleich sieht, weist der Haushalt 2019 einen Betrag von vier Millionen Euro aus. Angesichts der derzeitigen Konjunkturlage hoffen wir natürlich, dass der

Investitionsrahmen von 13,3 Millionen Euro eingehalten werden kann.

Massiv investieren und sanieren wir mit Zuschüssen des Landes in Brücken. Sie haben dazu bereits Mittel in Höhe von 3,2 Millionen Euro hinterlegt. Belagsarbeiten stehen mit 1,1 Euro an.

Darüber hinaus wollen wir im kommenden Jahr die Geh- und Radwege zwischen Bergerhausen-Winterreute, zwischen Winterstettendorf und Ingoldingen und zwischen Mühlhausen und der B 465 bauen. Alles Geh- und

Radwege in der Dringlichkeitsstufe I unseres Ausbauprogramms.

Ferner, und auch das sei noch kurz erwähnt, werden wir die Planungen zur B 312 von Ringschnait nach Edenbachen weiter vorantreiben.

Zur weiteren verkehrlichen Entwicklung in Riedlingen muss sich nach dem Stand der Dinge die Stadt alsbald klar positionieren. Insbesondere geht es dabei um die Ortsumfahrung im Zuge der B 311.

Mobilität ist aber mehr als nur Straßen, Brücken, Geh- und Radwege. Es geht um E-Mobilität, Ladesäulen und auch besonders um den Schienenverkehr auf der Donaubahn, der Südbahn, der Illertalbahn und um die Regio-S-Bahn.

Bei letzterer müssen wir schon sehr genau drauf schauen, dass der südliche Teil des Landkreises bzw. der südwestliche Teil des Kreises nicht abgeschnitten wird.

Achtsam und behutsam, aber Schritt für Schritt entwickeln wir auch den ÖPNV. In den nächsten Jahren gilt unser

Hauptaugenmerk der zweiten Stufe der ÖPNV-Finanzierungsreform.

Hoffentlich gelingt es uns darüber hinaus, in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden, weitere Verbesserungen für den ÖPNV im Rahmen der bestehenden Experimentierklausel innerhalb unseres Nahverkehrsplans umzusetzen. Die Stadt Biberach geht mit gutem Beispiel voran.

Und in Biberach geht es auch gut mit dem Bau der neuen Klinik voran. Die Sana geht davon aus, dass ein Bezug Mitte 2020 stattfinden kann. Wenn Sie sehen, was derzeit mit der Klinik, dem

ZfP, der Radiologie, und im kommenden Jahr mit der Dialyse auf dem Hauderboschen entsteht, dann können wir uns auf den Klinikcampus wahrlich freuen.

Mit den dortigen klinischen Einrichtungen sorgen wir für die Versorgung aller im Landkreis wohnenden Menschen.

Gleichwohl entwickelt die Sana unter dem Dach der MVZ GmbH weitere ambulante Versorgungszentren in Schussenried, Ochsenhausen, Laupheim und, so die Kassenärztliche Vereinigung Mitte diesen Monats mitmacht, auch in Riedlingen.

Sodann würde ich mir wünschen, dass die Stadt Riedlingen die weiteren Planungen zum Ärztehaus und den Bebauungsplan kraftvoll und bedingungslos in die Hand nimmt.

Mit Bedauern stellen wir in der Landkreisverwaltung vermehrt fest, dass sich die Diskussion in Riedlingen nahezu ausschließlich auf die stationären Betten konzentriert und eine Fokussierung auf den Landkreis vorgenommen wird nach dem Motto – ich überspitze etwas: „Der Landkreis tut nix für Riedlingen.“

Mitnichten, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade aus dem westlichen Landkreis. Der Kreis beteiligt sich beim laufenden Neubau des Hallenbads mit rund einer dreiviertel Million Euro, bei der Fernhochschule mit über einer halben Million Euro, beim Digitalisierungszentrum mit rund 300.000 Euro. Dass wir in Riedlingen ein Kreisgymnasium betreiben, wird schon fast vergessen und als Selbstverständlichkeit hingenommen. Für die Sicherung der Berufsschule und ihrer Eigenständigkeit haben wir gekämpft wie die Löwen. Und das werden wir auch in den anderen Bereichen weiter tun.

Meine Ausführungen zum Thema

Infrastruktur schließe ich mit dem Hinweis auf das neue Recyclingzentrum, das an der Mittelbiberacher Steige entstehen soll. Mit dem zeitlichen Ablauf bin ich, und ich sage es ganz offen, nicht zufrieden. Wir wollten eigentlich schon längst viel weiter sein.

Aktuell gehen wir davon aus, dass Baubeginn im September 2019 sein wird. Parallel dazu arbeiten wir an der Umsetzung der Biomüllverwertung. Wir sind auf einem guten Weg. Dazu mehr

Ende diesen, Anfang kommenden
Jahres.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2019 ist für Sie ein besonderes
Jahr. Im kommenden Jahr finden
Kommunalwahlen statt. Sie beschließen
einen Haushalt, der durch Ihre Nachfolger
weiter bearbeitet wird.

Besonders ist dieser Haushalt für die
Verwaltung auch, weil derjenige
Hauptverantwortliche, der ihn eingebracht
hat, ihn nicht mehr umsetzen wird. Wir
werden eine neue Kreiskämmerin, einen

neuen Kreiskämmerer wählen müssen.
Über das Verfahren stimme ich mich im
Anschluss an diese Einbringung mit den
Fraktionsvorsitzenden ab.

Lieber Herr Miller,

nochmals ganz, ganz herzliche
Gratulation zur Wahl zum 1.

Bürgermeister der Stadt Biberach. Sie
haben nicht nur diesen Kreistag sondern
auch den Gemeinderat der Stadt von sich
und Ihren Fähigkeiten überzeugt. Wir

werden Sie brutal vermissen, gönnen Ihnen diesen Erfolg aber natürlich von ganzem Herzen, Sie haben ihn sich verdient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank all denjenigen, die zum Vorliegen dieses Haushaltsplanes beigetragen haben: den Dezenten, Frau Alger, Herrn Holderried, Herrn Storrer und Herrn Miller, den

Amtsleiterinnen und Amtsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Dank gilt gleichermaßen den Unternehmen und Betrieben, die für die Menschen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Dadurch fließen an uns auch die Steuern, die wir brauchen, um die öffentlichen Aufgaben des Landkreises zu erledigen.

Dazu leisten aber natürlich auch die 45 Städte und Gemeinden mit der Kreisumlage ihren Beitrag. Ein herzliches Vergelts Gott dafür verbunden mit der Zusage, dass wir mit diesem Geld sehr

verantwortungs-bewusst umgehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

trotz der abgesenkten Konjunkturerwartungen bundesweit, trotz der bestehenden Risiken, auf die ich Sie aufmerksam gemacht habe, ist der vorliegende Haushaltsplan ein hervorragender Fahrplan für das kommende Jahr. Er zeigt in seiner mittelfristigen Finanzplanung auch weitere Perspektiven und Herausforderungen auf.

Vom verstorbenen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker stammt das Zitat: „Wo immer wir die Herausforderungen unserer Zeit mit Verstand und mit Herz annehmen, werden wir die notwendige Kraft finden.“

Diesen Verstand, dieses Herz und damit diese Kraft wünsche ich uns allen bei den anstehenden Herausforderungen und Beratungen.

Es gilt das gesprochene Wort